

4634/J XX.GP

der Abgeordneten Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend schwerste Menschenrechtsverletzungen in Chiapas, Mexiko

Am 10. Juni 1998 starteten die mexikanische Armee und Polizei eine gemeinsame Offensive gegen mehrere zapatistische Dörfer im Bundesstaat Chiapas. Dabei wurden mindestens acht SympathisantInnen der Zapatisten sowie ein Polizist getötet, vier Indigenas und fünf Polizisten verletzt und 57 Dorfbewohner verhaftet.

An der Operation waren über 1000 Soldaten und Polizisten beteiligt, um - so die offizielle Version der Vorfälle - 15 Haftbefehle zu vollstrecken. Die Operation begann in den frühen Morgenstunden. Zunächst drangen hunderte von Soldaten und Polizisten in El Bosque ein, das sich vor einiger Zeit in die autonome Gemeinde "San Juan de Libertad" umbenannt hatte. Die Militärs nahmen das autonome Verwaltungsgebäude ein und verhafteten vier Personen.

Zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es bei der Militäraktion in den beiden kleinen Dörfern Union Progreso und Chavajeval. Nach Darstellung der mexikanischen Regierung wurden die Armeeeinheiten von Unbekannten, die mit Schußwaffen bewaffnet waren, angegriffen. Zeugenaussagen von Bewohnern in Union Progreso besagen allerdings, daß die Armee auf die Dorfbewohner schoß, die vor den heranrückenden Soldaten zu fliehen versuchten. Dabei wurde ein Mann getötet und sechs weitere wurden verletzt. Die sechs Verletzten seien dann von Armee - und Polizeiangehörigen aufgegriffen und exekutiert worden. In dem Dorf Chavajeval, wo die Armee auch Helikopter, Panzer und Tränengas einsetzte, sind nach Angaben von Dorfbewohnern drei Indigenas getötet worden, während sie in die umliegenden Wälder zu fliehen versuchten.

Das gewaltsame Vorgehen der mexikanischen Armee gegen die autonome Gemeinde von "San Juan de la Libertad" ist bereits die vierte derartige Aktion gegen sogenannte "Autonome Gemeinden". Dabei wurden über 200 Personen verhaftet. Insgesamt gibt es in Chiapas seit Dezember 1994 über 30 "Autonome Gemeinden". Die Anerkennung der Selbstbestimmung der indigenen Gemeinden ist eine der zentralen Fragen des Friedensprozesses.

Das gewaltsame Vorgehen der mexikanischen Armee ist um so besorgniserregender, als wenige Tage zuvor, am 7. Juni 1998, Bischof Samuel Ruiz sein Mandat als Vorsitzender der nationalen Vermittlungskommission (CONAI) niedergelegt hatte. In einer Predigt beklagte Bischof Samuel Ruiz, daß die mexikanische Regierung durch ihr Vorgehen den Weg der Verhandlungen verlassen habe. Außerdem sei die Diözese von San Cristobal

zunehmender Aggression und systematischer Verfolgung ausgesetzt. Nach dem Rücktritt von Bischof Ruiz löste sich die CONAI anschließend auf. In ihrem letzten Kommuniqué wurden die Vermittler noch deutlicher als Bischof Ruiz. Unter anderem warfen sie der Regierung vor, sie habe die notwendigen Voraussetzungen für Friedensgespräche zerstört. Gleichzeitig forderten sie die Präsident Ernesto Zedillo auf, "seiner derzeitigen Kriegsstrategie abzuschwören."

In Anbetracht der Ereignisse der letzten Monate und Tage ist zu befürchten, daß weitere Operationen von Polizei und Militär zu neuen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften des mexikanischen Staates und der EZLN führen werden.

Aufgrund dieser alarmierenden Situation stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende ANFRAGE:

1. Was wird die österreichische Bundesregierung auf der bilateralen und internationalen Ebene sowie im Rahmen der EU unternehmen, daß die aggressiven Polizei - und Militäroperationen gegen die indigenen Gemeinden in Chiapas beendet werden und eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeigeführt wird?
2. Inwiefern werden Sie dazu beitragen, daß die Abkommen von San Andres über die Rechte und die Kultur der Indigenas in der Form zu erfüllt werden, wie sie am 16. Februar 1996 unterzeichnet wurden?
3. Was werden Sie dazu beitragen,
 - a) daß die paramilitärischen Gruppen, die - an diesen schwersten Menschenrechts - verletzungen beteiligt sind, entwaffnet und aufgelöst werden?
 - b) daß die vielen tausend Vertriebenen in ihre Dörfer zurückkehren können, geschützt werden und sämtliche bei den Militäraktionen willkürlich verhafteten Indigenas umgehend freigelassen werden?
 - c) daß die Morde an der Zivilbevölkerung in El Bosque aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden?
 - d) daß die ständigen Angriffe gegen Bischof Samuel Ruiz und Mitarbeiter der Diözese von San Cristobal, an denen sich auch höchste Machthaber des Staates beteiligt haben, umgehend beendet werden?
 - e) daß die Anwesenheit von internationalen Menschenrechtsbeobachtern in Chiapas erleichtert wird?